

19.05.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Bedrohungen der unabhängigen Berichterstattung entgegentreten! Die Medienschaffenden in NRW müssen besser geschützt werden.

I. Ausgangslage

Bedrohungen gegen Journalistinnen und Journalisten und ganze Redaktionen oder Sender nehmen zu. Bereits im November des vergangenen Jahres hatten mehrere freie Journalistinnen und Journalisten einen Aufruf zum Schutz der Pressefreiheit verfasst.¹ Der Aufruf war eine Reaktion auf die zunehmende rechtsextreme Hetze gegen die unabhängige Berichterstattung. Diffamierungen wie „Lügenpresse“ oder „gleichgeschalteter Staatsrundfunk“ sowie Gewaltandrohungen gegen Journalistinnen und Journalisten machen dies in erschreckender Weise offenkundig. Zum Jahreswechsel wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WDR von Mitgliedern aus der rechtsextremistischen Szene sogar so massiv bedroht, dass der WDR den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Personenschutz anbot. Der Deutsche Presserat forderte anlässlich des Angriffs auf ein ZDF-Kamerateam und der Verletzung einer Journalistin am Rande von Demonstrationen am 1. Mai erneut einen effektiveren staatlichen Schutz von Medienvertreterinnen und -vertretern.² Bei einer untersagten Veranstaltung am 9. Mai in Dortmund wurden zwei WDR-Journalisten tödlich von einem mutmaßlich Rechtsextremen angegriffen.³

Diese nur beispielhaft aufgeführten Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten decken sich mit den Ergebnissen einer anonymen Befragung unter Medienschaffenden. Im Rahmen einer vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in Kooperation mit dem Mediendienst Integration durchgeführten Studie geben 60 Prozent der befragten Journalistinnen und Journalisten an, im vergangenen Jahr mindestens einmal beleidigt, angefeindet oder Aufrufen von Gewalt und/oder Straftaten ausgesetzt gewesen zu sein. 41 Prozent der Befragten berichten zudem von mehrmaligen oder regelmäßigen

¹ Vgl. Aufruf von Journalistinnen und Journalisten: „Schützt die Pressefreiheit“. Online abrufbar unter: <https://www.djv.de/startseite/profil/der-djv/pressebereich-download/pressemitteilungen/detail/article/djv-unterzeichnet-aufruf.html> (zuletzt abgerufen am 12.5.2020).

² Vgl. Pressemitteilung des Deutschen Presserates: „Der Staat muss Journalisten effektiver schützen“, 5.5.2020. Online abrufbar unter: <https://www.presserat.de/presse-nachrichten-details/presserat-fordert-effektiveren-schutz-von-journalisten.html> (zuletzt abgerufen am 12.5.2020).

³ Vgl. WDR Online: „Demo gegen Corona-Maßnahmen: Angriff auf WDR-Reporter“, 10.5.2020. Online abrufbar unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/angriff-auf-wdr-teram-bei-corona-demo-in-dortmund-100.html> (zuletzt abgerufen 12.5.2020).

Angriffen.⁴ Immer mehr Medienschaffende empfinden derartige Angriffe als psychische Belastung. Das hat auch Auswirkungen auf die journalistische Arbeit: Fast zwei Drittel der Befragten sehen die Freiheit und Unabhängigkeit journalistischer Arbeit in Deutschland in Gefahr. Mehr als die Hälfte der Befragten äußern Verständnis dafür, wenn Kolleginnen und Kollegen aus Sorge vor Angriffen nicht über bestimmte Themen berichten.⁵ Aus Sicht der Befragten gibt es Themen, die besonders häufig Hass nach sich ziehen. Dazu gehören die Themen „Migration“, „AfD“ und „Flüchtlinge“.

II. Der Landtag stellt fest:

Private Medienangebote und der öffentlich-rechtliche Rundfunk sind unverzichtbare Teile unserer Medienlandschaft und tragen seit Jahrzehnten dazu bei, die Demokratie in Deutschland zu stärken. Kritischer Journalismus, der seine Kontrollfunktion gegenüber Politik und Wirtschaft ernst nimmt, gerät jedoch zunehmend unter Druck. Vorfälle, in denen Medienschaffende beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen werden, häufen sich, und behindern sie in der Ausübung ihrer journalistischen Arbeit. Der Schutz der Pressefreiheit ist verfassungsmäßige Aufgabe des Staates. Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz (GG) gewährleistet den im Bereich von Presse und Rundfunk tätigen Personen und Organisationen Freiheitsrechte und schützt die institutionelle Eigenständigkeit der Presse und des Rundfunks. Für Medienschaffende muss daher der zuverlässige Schutz und die Unterstützung des Staates jederzeit gewährleistet sein, damit sie entsprechend ihrem verfassungsgemäßen Auftrag frei und ungehindert arbeiten können.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Maßnahmen zu ergreifen, die die Medienschaffenden effektiver gegen Bedrohungen schützen,
2. in Zusammenarbeit mit den journalistischen Fachverbänden und -vertretungen ein gemeinsames Konzept zu entwickeln, um die freie Ausübung der Berichterstattung zu garantieren.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Michael Hübner
Alexander Vogt
Sven Wolf
Hartmut Ganzke

und Fraktion

⁴ Vgl. „Hass und Angriffe auf Medienschaffende. Eine Studie zur Wahrnehmung von und Erfahrungen mit Angriffen auf Journalist*innen“. Online abrufbar: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Studie_Hass_und_Angriffe_auf_Medienschaffende.pdf (zuletzt abgerufen am 12.5.2020).

⁵ Vgl. ebd., S. 45 ff.